



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Berlin, 23.02.24

## **Startschuss für eine neue Drogenpolitik!**

*(In der Anlage finden Sie ein Foto zu Ihrer freien Verfügung)*

Am 23.02.2024 hat der Deutsche Bundestag das Cannabis-Gesetz beschlossen – 404 Abgeordnete der SPD, der Grünen und der FDP sowie von den Linken sorgten bei 226 NEIN-Stimmen (u.a. alle Abgeordneten von CDU/CSU und AfD) für sehr klare Mehrheitsverhältnisse. Bettina Hagedorn, seit über 21 Jahren SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein ist froh über diesen Fortschritt:

**„Damit haben wir den seit Jahrzehnten überfälligen Paradigmenwechsel in der Cannabispolitik endlich eingeleitet. Auch wenn dieses Gesetz natürlich Kompromisse enthält, so ist es ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung, über den ich sehr froh bin, denn die Verbotspolitik der vergangenen Jahrzehnte ist längst krachend gescheitert. Viel zu viele Konsumentinnen und Konsumenten werden seit Jahrzehnten kriminalisiert und produzieren für Polizei und Justiz Aktenberge, die diese davon abhalten, sich effektiv auf die wirklich drängenden Probleme illegaler Drogen und der Dealer-Ringe zu konzentrieren. Die Stigmatisierung und Kriminalisierung fördern gleichzeitig einen Schwarzmarkt, der Konsumenten gefährdet und selbst Kindern und Jugendlichen den unkontrollierten Zugang zu gefährlicheren Drogen verschafft. Mit der kontrollierten Abgabe wollen wir diese Praxis beenden und stellen im Bundeshaushalt 2024 auf Dauer 6 Mio. Euro für die Informations-, Aufklärungs- und Präventionsarbeit zusätzlich zur Verfügung. Forschungsergebnisse anderer Legalisierungsvorhaben zeigen, dass durch eine Legalisierung der Schwarzmarkt schrumpft und damit der Zugang für Minderjährige erschwert wird.“**

Bettina Hagedorn erinnert in diesem Zusammenhang gerne daran, dass die damalige Kieler SPD-Gesundheits- und Sozialministerin Heide Moser im Kabinett von Heide Simonis schon 1995 diese Erkenntnis hatte: **„Schon 1995 schlug Heide Moser einen Modellversuch zum Verkauf von Cannabis in Apotheken vor, der 1997 schließlich am politischen Widerstand im Bundesrat scheiterte. Die Geschichte jedoch gibt ihr Recht: Laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat sich allein zwischen 2010 und 2021 der Anteil an Cannabiskonsumenten unter jungen Erwachsenen verdoppelt und stieg auch unter Kinder und Jugendlichen um 50 Prozent an. Wer dieses Gesetz ablehnt, der sieht dieser Entwicklung tatenlos zu. Wir stellen daher den Gesundheitsschutz und insbesondere den Kinder- und Jugendschutz ins Zentrum unserer neuen Cannabispolitik. So bleibt der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich verboten, die Weitergabe an Kinder und Jugendliche wird sogar stärker als bisher bestraft. Der kontrollierte Anbau und die künftige Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Cannabis Social Clubs wird endlich eine Qualitätskontrolle ermöglichen, denn schwere gesundheitliche Schädigungen entstehen häufig vor allem über die gefährlichen Beimengungen der Dealer, die die Konsumenten nicht erkennen können.“**

Erschreckend war das Demokratieverständnis und die Aussage des CSU-Politikers Stephan Pilsinger am Ende der Debatte: **„Wir wollen ein Land mit weniger, statt mit mehr Drogen und deswegen werden wir nach der nächsten Wahl Cannabis wieder verbieten!“**